

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 12/3660 —

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/3700 —

Internationale Initiative zur Rettung bedrohter Menschenleben

A. Problem

Die kriegerischen Handlungen im ehemaligen Jugoslawien eskalieren weiter; die Zivilbevölkerung ist ihnen ausgeliefert. Tausende von Menschen haben bereits ihr Leben verloren, Hunderttausende sind ihrer Heimat beraubt, werden gefangen gehalten oder sind auf der Flucht. Die Menschenrechte werden mißachtet.

B. Lösung

Aufnahmebereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft über das bisherige Maß hinaus kann den Menschen helfen, die in Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten werden und an Leib und Leben bedroht sind.

Einstimmigkeit im Ausschuß bei einer Stimmenthaltung des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Im Rahmen der internationalen Hilfe müssen die Kosten für Aufnahme und Unterbringungen in der Bundesrepublik Deutschland aus den öffentlichen Haushalten bestritten werden.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

die vorliegenden Anträge — Drucksachen 12/3660, 12/3700 — in der nachstehenden Fassung anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag macht sich die folgenden Forderungen der Auswärtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages, der Assemblée Nationale der Französischen Republik und des Sejm der Republik Polen zu eigen:

Unter dem Eindruck des erschütternden Berichts des Sonderberichterstatters für Menschenrechtsfragen der Vereinten Nationen in Jugoslawien, Ministerpräsident a. D. Dr. Tadeusz Mazowiecki, fordern sie die Regierungen ihrer Länder auf, über die bisherigen Hilfeleistungen hinaus in einer gemeinsamen Anstrengung den Menschen, die in Lagern im ehemaligen Jugoslawien unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten werden und die an Leib und Leben bedroht sind, unverzüglich Aufnahme zu gewähren.

Sie appellieren darüber hinaus an ihre Regierungen, umgehend Initiativen zu ergreifen, um die Aufnahmebereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, zu verstärken.

Der Deutsche Bundestag unterstützt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Bundesregierung um eine Kontingentvereinbarung zwischen den europäischen Staaten, die eine angemessene Verteilung der Lasten ermöglicht.“

Bonn, den 9. Dezember 1992

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Hans Stercken
Vorsitzender

Karl Lamers
Berichtersteller

Freimut Duve

Ulrich Irmer

Gerd Poppe

Bericht der Abgeordneten Karl Lamers, Freimut Duve, Ulrich Irmer und Gerd Poppe

Der Deutsche Bundestag hat die gleichlautenden Anträge der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 12/3660 — und der Fraktion der SPD — Drucksache 12/3700 — in seiner 122. Sitzung am 23. November 1992 dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Am 5. November 1992 hatten die in Bonn versammelten Auswärtigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages, der Assemblée Nationale der Französischen Republik und des Sejm der Republik Polen einen Bericht des Sonderberichterstatters für Menschenrechtsfragen der Vereinten Nationen in Jugoslawien nach seinen beiden Missionsreisen in verschiedene Republiken dieses Landes, insbesondere nach Bosnien-Herzegowina, entgegengenommen. Minister-

präsident a.D. Dr. Tadeusz Mazowiecki hatte eindringlich an die Versammlung appelliert, Sorge zu tragen, um den Menschen in Jugoslawien, die von Krieg und Hunger bedroht sind, deren Menschenrechte mißachtet und die in Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten werden, Aufnahme zu gewähren. Die Versammlung stimmte überein, in Appellen an ihre Regierungen Initiativen zu fordern, um die Aufnahmebereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft zu verstärken.

Der Auswärtige Ausschuß empfiehlt dem Deutschen Bundestag die Annahme der Anträge in der im Einvernehmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, F.D.P. und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geänderten Fassung.

Bonn, den 9. Dezember 1992

Karl Lamers
Berichterstatte

Freimut Duve

Ulrich Irmer

Gerd Poppe